

## Demografie-Preis 2014/2015

Demografie-Preis 2014/2015 - Preisverleihung fand am 8. September 2015 in Berlin statt

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) vergibt, angeregt und finanziert durch die Stiftung Apfelbaum, den Demografie-Preis in Höhe von insgesamt 10.000 &euro;. Mit dem Preis will die SRzG die gesellschaftliche Diskussion über generationengerechte Politik fördern, ihr eine wissenschaftliche Grundlage verleihen und Handlungsperspektiven eröffnen. Die Ausschreibung richtet sich an junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedener Disziplinen.

Am 8. September 2015 fand die Preisverleihung in Kooperation mit dem Behörden Spiegel in Berlin statt. Die Preisträgerinnen und Preisträger stellten im Anschluss ihre ausgezeichneten Arbeiten persönlich vor.

Die Preisträger sind: Charlotte Snelling, University of Edinburgh, 1. Platz für die Arbeit Questioning the turnout-raising potential of educational expansion.

Thomas Tozer, University of York, 2. Platz für die Arbeit Increasing electoral turnout among the young.

Den 3. Platz belegen Jonas Israel und Maximilian Brenker, Universität Düsseldorf, mit ihrer Gemeinschaftsarbeit Mobilisierung von Jungwählern durch kommunale Online-Wahlhilfen &ndash; Eine empirische Untersuchung anhand des lokal-o-mat.

Der Demografie-Preis für NachwuchswissenschaftlerInnen 2014/15 wurde ausgeschrieben zum Thema:

"Geringe Wahlbeteiligung junger Menschen - Auswirkungen und Abhilfen"

Themenaufriss:

In vielen Demokratien der Erde gehen ältere Menschen häufiger zur Wahl als jüngere. Bei der deutschen Bundestagswahl 2013 war die Wahlbeteiligung im Durchschnitt 72,4 Prozent. Bei allen Alterskohorten älter als 45 Jahre lag sie darüber, bei allen Alterskohorten unter 45 Jahren jedoch da-runter oder genau am Durchschnitt (für die 40- bis 45-Jährigen). Bei den 60- bis 70-Jährigen war die Wahlbeteiligungsquote mit knapp 80 Prozent am höchsten, während die Wahlbeteiligung bei den 18- bis 21-Jährigen mehr als 15 Prozentpunkte niedriger lag.

In den vergangenen Jahrzehnten ist, bei einem allgemeinen Trend rückläufiger Wahlbeteiligung, die Wahlbeteiligung jüngerer Wähler/innen viel stärker gesunken als die der älteren. 1972, nach der Senkung des Wahlalters, betrug die Differenz in der Wahlbeteiligung noch unter 10 Prozentpunkte. 2009 hatte sich der Abstand in der Beteiligung von jungen und älteren Wähler/innen fast verdoppelt. Bei der Bundestagswahl 2013 schloss sich die Schere leicht (ein Effekt der

Piratenpartei).

Außerdem lässt sich auf Bundesländerebene die Problematik eines Anstiegs des Medianwähleralters feststellen. Dies gilt insbesondere dort, wo der demografische Wandel noch stärker fortgeschritten ist und sich die Wahlbeteiligung zwischen Jung und Alt besonders stark unterscheidet, wie in den ostdeutschen Bundesländern und Berlin. Besonders groß waren die Unterschiede in der Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2011 in Sachsen-Anhalt. Dort lag die Beteiligung der 18- bis 20-Jährigen bei nur noch 33,5 Prozent, während die 60- bis 69-Jährigen mit 58,2 Prozent weitaus aktiver von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. Für die einzelnen Parteien erhöht sich damit auch das Medianwähleralter substantiell. Bei der Landtagswahl 2011 lag in Berlin das Medianalter der CDU-Wähler schon bei über 60 Jahren. Aber selbst in Baden-Württemberg war 2011 für die CDU-Wählerschaft ein Medianalter von über 58 Jahren zu beobachten. Bei den Parteimitgliedern sieht das bundesweite Bild noch dramatischer aus, hier liegt das Medianalter für CDU, SPD und Linke schon bei mehr als 61 Jahren.

Kurzum: Die Wahlbeteiligung unterscheidet sich nach Lebensalter, wobei Alters- und Generationeneffekte zu unterscheiden sind. Letztere gehen davon aus, dass Partizipation nur durch Partizipation gelernt wird, dass also eine Kohorte, die schon mit 16 Jahren das Wahlrecht bekommt, über ihr ganzes Leben eine höhere Wahlbeteiligung aufweist als eine Kohorte, die erst später anfangen durfte zu wählen.

Die Frage liegt nahe, welche politisch-institutionellen Maßnahmen zur Senkung des Medianwähleralters denkbar wären.

Eine Möglichkeit zur Senkung des Alters des Medianwählers wäre die Einführung einer strafbewehrten Wahlpflicht, wie sie in einigen Ländern (Belgien, Griechenland, Luxemburg, Zypern, Australien) besteht. Gerade jüngere Wählerschichten würden dann – im Vergleich zu heute – ihre Stimmen überproportional häufiger abgeben (müssen). In älteren Wählergruppen wäre wegen der schon bisher höheren Wahlbeteiligung dieser Zuwachs geringer. Im Endeffekt würde sich also eine Senkung des Medianalters einstellen. Denn die Herstellung politischer Legitimation über Zwang liefe den Prinzipien einer liberalen Demokratie zuwider, wenn Sanktionen für Wahlenthaltung – die auch bewusste Form des Protestes sein können – ausgesprochen werden müssten.

Die Frage, ob der demokratische Wahlakt von einer Bürgerpflicht zu einer „Zwangspflicht“ umgestaltet werden sollte, ist interdisziplinär und z.B. für Philosophen und Politikwissenschaftler interessant.

Alternative Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung jüngerer Altersgruppen könnten auf eine Erleichterung des Wahlaktes selbst abzielen, zum Beispiel durch E-Voting oder Vereinfachung der Briefwahl.

Diese Frage ist für Soziologen interessant, die Unterschiede im (politischen) Partizipationsverhalten zwischen Jung und Alt untersuchen und sich den Charakteristika der „Generation Internet“ widmen.

Zudem wäre es eine Überlegung wert, ökonomische Anreize für jüngere Altersgruppen zu schaffen. Denn während die Einführung der Wahlpflicht in Ländern wie Belgien oder Griechenland – mit dem Ziel einer Erhöhung der Wahlbeteiligung – nur teilweise erfolgreich war, könnte eine positive Förderung des Wahlaktes über monetäre Anreize oder alternative Vorteile die Hürde für jüngere Wähler/innen senken.

Ein Argument gegen eine Absenkung des Wahlalters lautet, dass dann die Wahlbeteiligung sinken würde. Eine sinkende Wahlbeteiligung wiederum wird als Politikverdrossenheit und sinkende Zustimmung zur Staatsform – „Demokratie“ – interpretiert. Was ist von dieser Argumentationskette zu halten?

Weitere Informationen:

Der Einsendeschluss zur Einreichung von Arbeiten war der 1. Juni 2015.

Es konnten sowohl deutsche als auch englische Arbeiten eingereicht werden.

Das offizielle Ausschreibungsplakat finden Sie hier.

Die Preisverleihung fand im Rahmen des 10. Demografie-Kongresses des Behörden Spiegel am 8. September 2015 im DBB Forum in Berlin statt.

Jury - Die hochrangige Jury bestand aus:

- Uwe Wagschal, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- Rüdiger Schmitt-Beck, Universität Mannheim
- Franziska Wächter, Evangelische Hochschule Dresden
- Christina Tillmann, Bertelsmann Stiftung
- Katie Ghose, Chief Executive of the Electoral Reform Society
- James Sloam, Royal Holloway, University of London
- Andrew Mycock, University of Huddersfield

- Matt Henn, Trent University Nottingham

- Jörg Tremmel, Eberhard Karls Universität Tübingen

- Andy Furlong, University of Glasgow

#### Einige Literaturvorschläge:

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland: Entwicklungsstand und Handlungsansätze. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 2010.

Betz, Tanja; Gaiser, Wolfgang; Pluto, Liane(Hrsg.): Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Forschungsergebnisse, Bewertungen, Handlungsmöglichkeiten. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag 2013

Bräunlich, Katharina (2013): Sichere Internetwahlen. Ein rechtswissenschaftlich-informatisches Modell. Baden-Baden : Nomos.

Buchstein, Hubertus; Neymanns, Harald (2002) (Hg.): Online-Wahlen. Leverkusen: Leske + Budrich Verlag.

Bytzek, Evelyn (2011) (Hg.): Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen. Frankfurt (u. a.): Campus.

Campagna, Norbert (2011): Wählen als Bürgerpflicht. Ein Plädoyer. Berlin: Parodos Verlag.

Decker, Frank; Lewandowsky, Marcel; Solar, Marcel (2013): Demokratie ohne Wähler? Neue Herausforderungen der politischen Partizipation. Bonn: Dietz Verlag.

Eisel, Stefan (2011) (Hg.): Internet und Demokratie. Freiburg: Verlag Herder.

Faas,  
Thorsten (2012): Thinking about Wahlpflicht. Anmerkungen zu einer  
überfälligen Diskussion.  
[http://www.zpol.nomos.de/fileadmin/zpol/doc/Aufsatz\\_ZPol\\_12\\_03\\_Faas.pdf](http://www.zpol.nomos.de/fileadmin/zpol/doc/Aufsatz_ZPol_12_03_Faas.pdf).  
Abruf am 03.06.2014

Franklin, Mark (2004): Voter turnout and the dynamics of electoral competition in established democracies since 1945.  
Cambridge: Cambridge University Press.

Furlong, A. (2012) Youth Studies: an Introduction. Routledge, London, UK.

Furlong, A., and Cartmel, F. (2009) Higher Education and Social Justice. SHRE and Open University Press,  
Maidenhead.

Furlong,  
A., and Cartmel, F. (2009) Young People and Social Change: New  
Perspectives. Series: Sociology and Social Change. Ohtsuki-shoten,  
Tokyo, Japan.

Goos, Kerstin (2011): Wahlen im Internet. Eine Analyse ihrer Bedeutung für die Wahlbeteiligung. Stuttgart: Fraunhofer  
Verlag.

Green, Donald P. (2005) (Hg.): The science of voter mobilization. Thousand Oaks, California (u. a.): SAGE Publications.

Henn,  
M. and Weinstein, M., 2006. Young people and political (in)activism:  
why don't young people vote? Policy & Politics, 34 (3), pp. 517-534.

Herr,  
Vincent-Immanuel; Speer, Martin (2013): Wer nicht wählen will, soll  
zahlen. Der Trend zur politischen Verweigerung gefährdet die Demokratie.  
Ein Plädoyer für die Wahlpflicht.  
<http://www.zeit.de/2013/35/demokratie-wahlverweigerer-wahlpflicht>. Abruf  
am 03.06.2014.

Kaina, Viktoria; Römmele, Andrea (2012) (Hg.):  
Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden: VS Verlag für  
Sozialwissenschaften.

Keiser, Andreas (2013): Papierloses,  
sichere E-Voting. Ein Langzeitprojekt.  
[http://www.swissinfo.ch/ger/politik\\_schweiz/Papierloses,\\_sicheres\\_E-Voting\\_ein\\_Langzeit-Projekt.html?cid=37028496](http://www.swissinfo.ch/ger/politik_schweiz/Papierloses,_sicheres_E-Voting_ein_Langzeit-Projekt.html?cid=37028496).  
Abruf am 03.06.2014.

Kersting, Norbert (2012) (Hg.): Electronic democracy. Opladen; Berlin (u. a.): Budrich Verlag.

Khorrami,  
Esfandiar (2005): Bundestagswahlen per Internet : zur rechtlichen und tatsächlichen Realisierbarkeit von Internetwahlen. Baden-Baden : Nomos.

Kuhn,  
Frank (2006): Elektronische Partizipation. Digitale Möglichkeiten &ndash; Erklärungsfaktoren &ndash; Instrumente. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissen-schaften.

Lüße, Thiemo (2007): Bürgerverantwortung und abnehmende Wahlbeteiligung. Frankfurt am Main; Berlin; Bern; Wien (u.a.): Lang.

Mycock,  
A. and Tonge, J. (2014) &lsquo;Some progress made, still much to do: youth political engagement since the youth citizenship commission&rsquo;. In: Beyond the youth citizenship commission: young people and politics. : Political Studies Association. pp. 8-13.

Mycock, A. and Tonge,  
J. (2014) Beyond the youth citizenship commission: young people and politics. Political Studies Association.

De Nève, Dorothée (2008): NichtwählerInnen &ndash; eine Gefahr für die Demo-kratie? Opladen; Berlin (u. a.): Budrich Verlag.

Norris, Pippa (2002): Democratic Phoenix. Reinventing Political Activism. Cambridge: Cambridge University Press.

Richter, Philipp (2012): Wahlen im Internet rechtsgemäß gestalten. Baden-Baden : Nomos.

Schneider,  
Sebastian; Weber, Holger (2013): eVoting &ndash; ein Überblick über die Einsatzmöglichkeiten von eVoting mit dem Schwerpunkt Internetwahl und Wahlcomputer. München, Ravensburg: Grin Verlag GmbH.

Sowa,  
Aleksandra (2006): Trust, e-voting and political legitimacy. Studies in their interactions. Bochum; Freiburg [Breisgau]: Projektverlag.

Tremmel, Jörg / Rutsche, Markus (Hrsg.): Politische Beteiligung junger Menschen. Grundlagen &ndash; Problemfelder &ndash; Fallstudien. Wiesbaden: Springer VS 2015

Vehrkamp, Robert / Grünewald, Stephan / Tillmann, Christina / Beaugrand, Rose (2014): Generation Wahl-O-Mat. Fünf Befunde zur Zukunftsfähigkeit der Demokratie im demographischen Wandel. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Vutkovich, Alexander (2012): Wahlpflicht: Politische Studie. [S.l.] Ulan Press.

Woyke,  
Wichard (2013): Stichwort: Wahlen. Ein Ratgeber für Wähler, Wahlhelfer und Kandidaten. 12. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.